



Presseschau vom 17.11.2016:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Vormittags:

De.sputniknews.com: Russlands Trennung von Strafgerichtshof eine erzwungene Maßnahme

Der russische Präsident Wladimir Putin hat Moskaus Unterschrift unter dem Römischen Statut, dem Vertrag über die Gründung des Internationalen Strafgerichtshofs, zurückgezogen, schreibt die „Nesawissimaja Gaseta“ am Donnerstag.

Die Initiative ging vom Justizministerium aus und war mit dem Außenministerium und anderen Behörden abgesprochen.

Nach Einschätzung des Außenministeriums hat der Internationale Strafgerichtshof „die mit ihm verbundenen Hoffnungen nicht rechtfertigen können, dass er ein wirklich unabhängiges und angesehenes Gremium der internationale Justiz wird“. Die Arbeit des Gerichtshofs sei „ineffizient und einseitig“. Das Außenamt verwies auf den Umstand, dass der Gerichtshof im Laufe von 14 Jahren nur vier Urteile gefällt und dabei mehr als eine Milliarde Dollar ausgegeben habe.

Russland hatte sich an der Arbeit am Vertrag über die Gründung des Strafgerichtshofs beteiligt, der am 17. Juli 1998 beschlossen wurde, und ihn am 13. September 2000 unterzeichnet. Der Vertrag wurde jedoch nicht ratifiziert. Dennoch verpflichtete sich Moskau, selbst vor der Ratifizierung keine Schritte zu unternehmen, die dem Vertrag widersprechen würden.

Russland bemühte sich um die Ratifizierung, wobei eine Vervollkommnung seiner Gesetze debattiert wurde. Außerdem beteiligten sich seine Vertreter im August 2008 auf Initiative

Georgiens an der Analyse der Situation in Südossetien.

Am Römischen Statut beteiligen sich aktuell 124 Länder. Allerdings gehören solche einflussreichen Akteure wie China, die USA, Indien, Pakistan, Malaysia und Indonesien nicht dazu. Unter den Nahost-Ländern nimmt nur Jordanien teil.

Kennzeichnend ist, dass zuletzt drei afrikanische Länder (Burundi, Gambia und Südafrika) den Strafgerichtshof über ihre Absicht zum Austritt aus dem Vertrag benachrichtigt hatten. Bis zuletzt befasste sich der Strafgerichtshof vor allem mit der Situation in afrikanischen Ländern und intensivierte in letzter Zeit die Arbeit im Kontext der Situation in anderen Regionen, darunter in Georgien und der Ukraine. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass der Gerichtshof, der zuvor Kiews Versuche, die Verfolgung von Personen zu initiieren, die nach seiner Auffassung für die Ereignisse auf dem Maidan Ende 2013 bzw. Anfang 2014 verantwortlich gewesen waren, abgelehnt hatte, die Ereignisse vor und nach der Wiedervereinigung der Krim mit Russland als „bewaffneten Konflikt zwischen der Ukraine und Russland“ deuten wird. Denn einzelne Unruhen und einzelne Fälle von Gewaltausbruch können nicht als „bewaffneter Konflikt“ gelten.

Russland hatte seinerseits Vorwürfe gegen den Strafgerichtshof im Kontext der Situation in Südossetien. In einer diesbezüglichen Erklärung des Außenministeriums heißt unter anderem: „Der Überfall des Regimes von Michail Saakaschili gegen das friedliche Zchinwal und die Ermordung russischer Friedensstifter löste Vorwürfe des Internationalen Strafgerichtshofs gegen südossetische Kämpfer der Bürgerwehr und russische Soldaten aus. Mit der Untersuchung der Handlungen und Befehle der georgischen Beamten wurde die georgische Justiz beauftragt, die vom Internationalen Strafgerichtshof nicht kontrolliert wird.“ Moskaus Entscheidung zum Widerruf seiner Unterschrift unter dem Römischen Statut entspricht voll und ganz der Wiener Konvention über das Recht internationaler Verträge. Übrigens hatten die USA bereits 2002 auf dieses Recht zurückgegriffen.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **dreimal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen, teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Aus Richtung Nowoswanowka wurde zweimal das Gebiet von **Kalinowo** mit 82mm-Mörsern, Panzertechnik und Schusswaffen beschossen. Das Gebiet von **Kalinowka** wurde aus Richtung Luganskoje mit 82mm-Mörsern beschossen.

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainische Beschüsse und deren Folgen

„Von 18:00 bis 1:30 Uhr hat die ukrainische Seite 297 Artilleriegranaten der Kaliber 122 und 152mm sowie Mörsergranaten der Kaliber 82 und 120mm auf **Trudowskije, Alexandrowka im Westen von Donezk, das Gebiet des ehemaligen Flughafens und die Umgebung des Volvo-Zentrums im Norden der Hauptstadt, die Umgebung von Dokutschajewsk, das Gewerbegebiet bei Jasinowataja, die Dörfer Spartak im Norden von Donezk, Sachanka, Kominternowo und Besymennoje im Nowoasowskij-Bezirk** der DVR abgeschossen“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

Nach Angaben der Quelle wurden von den ukrainischen Streitkräften neben schweren Waffen und Mörsern auch Panzertechnik, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet. „Durch die nächtlichen Beschüsse der ukrainischen Streitkräfte wurden in **Kominternowo zwei Häuser** auf der Kirow-Straße beschädigt. Außerdem wurden **drei Häuser in Dokutschajewsk** auf der Lenin-, der Oktjabrskij- und der Gwardejskaja-Straße beschädigt“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

„Am 16. November wurde in Folge von Kämpfen eine Verteilungsgasleitung auf der Andrusow-Straße in der Siedlung **Trudowskije** beschädigt. Von unbekanntenen Personen wurde die Gaszufuhr abgedreht, bei 24 privaten Häusern in fünf Straßen ist die Gasversorgung unterbrochen. Die Einwohner haben um 15:05 Uhr die Störung über den Störungsdienst gemeldet“, teilte Donbassgas mit.

Nach der Untersuchung und Lokalisierung des beschädigten Abschnitts der Gasleitung hat eine Reparaturbrigade den Schließmechanismus verplombt und mit der Beseitigung der

Folgen begonnen. „Die Gastechiker planen, in der ersten Hälfte des Tages die Gasversorgung in den genannten Straßen wiederherzustellen“, unterstrich Donbassgas. „Wie der Diensthabende des Kohle- und Energieministeriums mitteilte, wurde am 16. November um 23:00 Uhr bei einem heftigen Artilleriebeschuss die 35kW-Hochspannungsleitung „Telmanowo-Nowoselowka“ beschädigt, sechs Transformatorunterstationen, die **Belokamenka** und **Grigorjewka** versorgen, sind außer Betrieb“, teilte das Kohle- und Energieministerium mit.

Die Energietechniker beginnen mit der Untersuchung der Beschädigungen und Reparaturarbeiten sobald es die Lage erlaubt.

Außerdem können wegen der nicht endenden Beschüsse die Energietechniker der DVR nicht mit der Wiederherstellung der Stromversorgung des Dorfes **Krutaja Balka im Jasinowataja-Bezirk** beginnen, das am 13. November aufgrund von Beschüssen durch die ukrainischen Streitkräfte von der Stromversorgung abgeschnitten wurde.

„Ukrainische Soldaten haben in der Nacht die südlichen Dörfer **Sachanka** und **Kominternowo** beschossen. Im Zentrum von Sachanka wurden das Gebäude der Post und eine Kantine beschädigt“, teilte der Pressedienst der Bezirksverwaltung des Nowoasowskij-Bezirks mit. „Ebenfalls wurden in Kominternowo nach vorläufigen Angaben drei Häuser auf der Kirow-Straße beschädigt“.

Der Leiter der Verwaltung des **Petrowskij-Bezirks von Donezk** Maxim Shukowskij teilte mit, dass in Folge von Artilleriefeuer der ukrainischen Streitkräfte ein Haus auf der Gorkij-Straße 17 beschädigt wurde. „Durch einen Treffer wurde die Ziegelmauer eines privaten Hauses beschädigt“, sagte er. Informationen über Verletzte sind nicht eingegangen.

„Heute Nacht geriet in Folge eines direkten Treffers eines Geschosses in **Sajzewo** auf der Kondratenko-Straße 212 ein Haus in Brand“, teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit. „Informationen über Verletzte sind nicht eingegangen“.

De.sputniknews.com: UN-Resolution zur Krim: Stimmung kippt zu Gunsten Russlands

In der UN-Vollversammlung in New York ist über eine neue Resolution zur Krim abgestimmt worden. Sie wurde von der Ukraine initiiert und von westlichen Ländern unterstützt, schreibt die Zeitung „Kommersant“ am Donnerstag.

In dem Dokument werden „die Verletzung der Menschenrechte und Diskriminierungsmaßnahmen“ gegen Bewohner der Halbinsel, darunter die Krim-Tataren, verurteilt.

73 Länder haben für die Resolution und 23 dagegen gestimmt. 76 Länder enthielten sich der Stimme und 21 weitere blieben der Abstimmung fern. Zum Vergleich: Bei der Abstimmung einer ähnlichen Resolution im März 2014 hatten 100 Delegationen dafür und nur elf dagegen gestimmt.

In Kiew legte man auf die Abstimmung der „Krim-Resolution“ sehr viel Wert. Diesem Thema war die Rede der Vizevorsitzenden der Obersten Rada (Parlament), Irina Geraschtschenko, am 16. November gewidmet. Sie nannte die Position Weißrusslands, das gegen die Resolution gestimmt hatte, „einen Dolchstoß in den Rücken“ und brachte ihre Enttäuschung über die negative Abstimmung Kasachstans und Armeniens zum Ausdruck.

Wenn man das Kräfteverhältnis vor zwei Jahren und heute vergleicht, kann man feststellen, dass es sich praktisch in allen Regionen der Welt zu Gunsten Russlands verändert hat. Nur in Europa ist die Situation konstant: Alle 28 EU-Länder sowie die Nicht-EU-Mitglieder Schweiz, Norwegen, Island, Monaco, Andorra, Liechtenstein, Albanien, Mazedonien und Montenegro befürworteten die Resolution.

Unter den ehemaligen Sowjetrepubliken (außer den baltischen Ländern) stimmten fünf Länder dagegen: Russland, Weißrussland und Armenien (wie auch 2014) sowie Kasachstan und Usbekistan (die sich damals der Stimme enthalten hatten). Dafür stimmten Moldawien, Georgien und natürlich die Ukraine.

Besonders günstig für Moskau votierten die südamerikanischen Länder: Kein einziges von ihnen stimmte für die von der Ukraine initiierte Resolution. (2014 hatten Peru, Kolumbien und Chile dafür gestimmt.)

Kennzeichnend war die Abstimmung der BRICS-Länder: 2014 hatten sie sich alle der

Stimme enthalten. Jetzt aber zeigten sich China, Indien und Südafrika solidarisch mit Russland. Brasilien enthielt sich auch diesmal der Stimme. Für die Resolution stimmten, wie erwartet, die USA und ihre angelsächsischen Verbündeten wie Kanada, Australien und Neuseeland sowie die größten Staaten der Karibik und des Pazifiks, die alle entweder von Washington oder von Canberra abhängig sind. Zu einer unangenehmen Überraschung für Russland wurde Israels Votum für die Resolution. 2014 hatte es sich der Stimme enthalten.

Ukrinform: In Kiew hat eine Konferenz zur Gesundheitsreform unter dem Vorsitz des Regierungschefs Wolodymyr Hrojsmann begonnen.

Mit dem Gesundheitssystem seien sowohl Mediziner als auch Patienten unzufrieden. Die Reform des Gesundheitssystems sei eine sehr wichtige Priorität, sagte der Premier bei der Eröffnung der Konferenz.

Die Konferenzteilnehmer werden über Konzepte für eine Finanzierungsreform des Gesundheitssystems und für den Nationalen Gesundheitsdienst beraten.

An der Konferenz nehmen Parlamentschef Andrij Parubij, Gesundheitsministerin der Ukraine Uljana Suprun, andere Politiker und Vertreter der Weltgesundheitsorganisation, der Weltbank, von UNICEF und anderen internationalen Organisationen teil.

Nachmittags:

De.sputniknews.com: Die aktuelle Situation in der Ukraine hat eine Reihe von Problemen für Weißrussland geschaffen, darunter illegale Waffen- sowie Sprengstoffzufuhren in das Land, wie der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko bei einer Pressekonferenz in Minsk sagte.

„Wir müssen die 1.200 Kilometer lange Grenze zur Ukraine mit dem eigenen Leib schützen, da es einen Zustrom von Waffen und Sprengstoffen gibt. Diese beschlagnahmen wir nicht nur an der Grenze, sondern auch am Bahnhof (von Minsk – Anm. der Red.)“, so Lukaschenko.

Für die weißrussischen Sicherheitskräfte sei das nicht leicht. „Der ganze Strom, den es aus dem Osten nach Westen über das Baltikum, Weißrussland und die Ukraine zuvor gab, geht jetzt über Weißrussland“, so der Staatschef und fügte hinzu: „Einerseits ist das gut, andererseits fordert dies mehr Anstrengungen und Ausgaben, um die Sicherheit zu gewährleisten.“

Dan-news.info: Mehr als 83.000 Einwohner der DVR sind im Rahmen einer Impfkampagne gegen Grippe für die Bevölkerung, die am 14. Oktober dieses Jahres in der Republik begann, kostenlos geimpft worden. Dies teilte heute das Republikanische Zentrum für sanitär-epidemiologische Aufsicht mit.

Am 14. Oktober war mitgeteilt worden, dass die Mediziner der DVR mit der Grippeimpfung begonnen haben. Bis zum Beginn des Winters ist geplant, kostenlos etwa 100.000 Menschen gegen Grippe zu impfen.

Nach Angaben des Republikanischen Zentrums für sanitär-epidemiologische Aufsicht wird die kostenlose Impfung gegen Grippe für Kindergartenkinder, Schüler, ältere Menschen, Menschen mit chronischen Erkrankungen der Atemwege und des Herzens, Schwangere, Soldaten, Mitarbeiter von Polizei und Zivilschutz und andere angeboten. Alle Interessierten müssen sich an die medizinischen Einrichtungen an ihrem Wohnort wenden.

Das Zentrum teilte weiter mit, dass der Erkrankungsstand bei Grippe und SARS niedrig ist und dem normalen Saisonniveau entspricht.

De.spurniknews.com: „Poroschenko ist mein politischer Feind“: Saakaschwili erläutert neue Ukraine-Pläne

Sein Rücktritt als Gouverneur des ukrainischen Gebiets Odessa ist für Michail Saakaschwili ein Neubeginn gewesen. Der Präsident des Landes, Petro Poroschenko, sei währenddessen für ihn zum politischen Feind geworden, wie der Politiker in einem Interview mit der „Neuen Zürcher Zeitung“ (NZZ) erläuterte.

„Das ist keine Aufgabe, sondern ein Neubeginn. Genauso wie ich jetzt in der Ukraine als Gouverneur von Odessa zurückgetreten bin, bin ich auch damals in Georgien als Minister (...) abgetreten. Ich habe versucht, etwas zu verändern, versucht, versucht, versucht, und dann, als sich nichts bewegte, dachte ich: Geh zum Teufel, Mister President, jetzt mache ich es alleine“, sagte er.

Ihm zufolge gleicht das derzeitige Verhältnis zwischen kriminellen Banden und Oligarchen in der Ukraine der Lage zur Zeit der Präsidentschaft von Eduard Schewardnadse in Georgien. Dabei habe die Ukraine großes Potential, das zu ändern.

„Die Leute wollen einen echten Wandel. Und die alte Elite ist sehr schwach. Es gibt Hass auf das alte System, das heißt auch auf den Präsidenten Petro Poroschenko, denn er ist Teil dieses Systems“, so der Politiker.

Viele junge Menschen würden das Land verlassen, weil sie den Versprechen der Politiker nicht mehr glauben. Saakaschwili habe kurz vor seinem Rücktritt als Gouverneur bei einem Gespräch mit Poroschenko festgestellt, dass dieser „direkt in eine Mauer läuft“, denn er wolle die Korruption nicht wirklich bekämpfen und werde die Ukraine nicht verändern. Aus diesem Grund habe Saakaschwili auch sein Amt verlassen. Dabei seien die beiden nun zu politischen Gegnern geworden.

„Meinem Team wurde das Geld für den Umbau der Zollbehörde geklaut, unsere Mitarbeiter arbeiten nicht mehr. Und vor einigen Tagen wurde das Bürgerzentrum in Odessa geschlossen, das Poroschenko vor den Lokalwahlen letztes Jahr feierlich eröffnet hatte“, so der Ex-Gouverneur.

„Wir haben in Odessa idealistische junge Leute ausgesucht. (...) Wir haben versucht, etwas Neues aufzubauen. Das gelingt uns aber nicht, weil sie uns die Arbeit weggenommen haben. (...) Statt Fortschritt sehen wir in der Ukraine Rückschritt. In der Region Odessa kontrollieren zwei Clans die Politik und die Korruption. Ich wollte dieses System ändern, aber der Präsident hat zu den alten Banden gehalten“, fügte er hinzu.

Dabei habe Poroschenko im letzten Sommer Saakaschwili sogar das Amt des ukrainischen Premierministers angeboten. „Er sagte, er hätte diesen Plan schon mit Angela Merkel besprochen. Aber ich sagte damals ‚Nein‘“, sagte der Politiker.

„Die Bedingungen stimmten nicht. Mit seiner Regierung, mit dem Innenminister, der korrupte Geschäfte macht, und dem Chef der Steuerbehörde will ich nicht mehr zusammenarbeiten.

Wir sind keine politischen Partner mehr. Jetzt ist Poroschenko mein politischer Feind“

Zu seinen nächsten Plänen sagte Saakaschwili, er wolle nun eine neue politische Bewegung, eine neue Partei gründen.

„Dann werden wir auf Neuwahlen drängen. Das Parlament der Ukraine kann nicht mehr lange bestehen. Die Menschen werden es nicht mehr lange mit ansehen, wie die Elite dort sitzt, ihr Geld zählt und das Land zerstört.“

Dabei wolle der Politiker „bis zum Erfolg“ in der Ukraine bleiben – konkret solange, „bis die korrupten Leute verschwunden sind, die die Idee der ukrainischen Revolution verraten haben“.



<https://cdn2.img.sputni>

knews.com/images/30332/73/303327365.jpg

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Major Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Das ukrainische Kommando verstärkt die Tätigkeit von Erkundungsgruppen an der gesamten Kontaktlinie“, sagte Marotschko.

„Von unserer Aufklärung wurde im Verantwortungsbereich der 24. Brigade der ukrainischen Streitkräfte ein neuer Kontroll- und Beobachtungspunkt der ukrainischen Truppen in der Nähe der „grauen Zone“ im Gebiet von Popasnaja entdeckt“, erläuterte Marotschko.

„Ebenfalls wurde festgestellt, dass Aufklärungsabteilungen der 14. Brigade der ukrainischen Streitkräfte die Durchführung von Aufklärung im Bereich von Staniza Luganskaja planen“, fügte der Vertreter der Volksmiliz hinzu.

Er erinnerte auch daran, die ukrainischen Truppen dass in den letzten 24 Stunden dreimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen haben.

„Insgesamt wurden mehr als zehn 82mm-Mörsergeranaten abgeschossen. Ebenfalls wurde mit Schusswaffen geschossen. Ich möchte die Aufmerksamkeit darauf lenken, dass das Mörserfeuer durch Drohnen korrigiert wird, die von ukrainischen Freiwilligen – von Unterstützern des Terrorismus – geliefert wurden“, berichtete Marotschko.

Der Vertreter der Verteidigungsbehörde der Republik unterstrich, dass die „kriminelle ukrainische Militärführung nicht beabsichtigt, die Vereinbarungen über ein Regime der Feueereinstellung einzuhalten, und alles für die weitere Eskalation des Konflikts im Südosten tut“.

„Die Abteilungen der Volksmiliz der LVR führen Übungen zur militärischen Ausbildung durch. Es laufen auch methodologische Ausbildungseinheiten mit jungen technischen Spezialisten und Aufklärungsabteilungen“, sagte er.

„Wir halten das Regime der Feueereinstellung und die Minsker Vereinbarungen ein. Unsere Handlungen sind auf eine Lösung des Konflikts im Donbass auf friedlichem Weg gerichtet, aber im Fall einer Verschärfung der Lage behält sie Volksmiliz der LVR sich das Recht vor, mit entschiedenen Handlungen das von den Kiewer Banditen besetzte Territorium zu befreien“, fügte Marotschko hinzu.

„Nach unseren Informationen haben Kontrollen durch das übergeordnete Kommando der ukrainischen Streitkräfte bei den Brigaden, die in der Zone der „ATO“ unmittelbar an der Kontaktlinie stationiert sind, begonnen“, sagte er.

Er erläuterte, dass „die Ankunft einer Gruppe von Offizieren des Generalstabs der Ukraine unter Führung des Leiters der Hinterlandkräfte der Ukraine Generalmajor Gawriljuk festgestellt wurde“.

„Es wird die Versorgung der Abteilungen mit Ausrüstung und Winterkleidung kontrolliert, da Informationen verbreitet werden, dass die Soldaten Uniformen auf eigene Rechnung beschaffen müssen“, berichtete Marotschko.

„Weitere problematische Fragen sind der niedrige moralisch-psychische Zustand des Personals, das Anwachsen der Kriminalität und Verletzungen der militärischen Disziplin“,

fügte der Vertreter der Volksmiliz hinzu.

De.sputniknews.com: US-Diplomaten haben bei litauischen Behörden angefragt, wie das zuvor an die Armee des Landes ausgegebene Scharfschützengewehr M14, welches bei Sammlern in der ganzen Welt sehr beliebt ist, in die Hände von Privatpersonen gelangen konnte. Dies berichtet das Portal ERR.

Demnach wurde das M14 offenbar illegal an Dritte verkauft. Die litauische Armee hatte das Scharfschützengewehr noch im Jahr 1999 von der US-Regierung geschenkt bekommen, doch 2014 begann Litauens Waffenfonds, das Gewehr zu verkaufen, und zwar zu einem relativ niedrigen Preis von gerade einmal 347 Euro.

Nach der Einmischung der US-Diplomaten versuchen die litauischen Behörden dem Portal zufolge nun, die M14-Waffen zurückzuholen. Aber natürlich wollen nicht alle das Gewehr von historischer Bedeutung an den Staat zurückgeben.

„Das sind echte Waffen, aus den Zeiten des Vietnam-Kriegs, würde ich sagen. Nun versuchen einige Käufer uns zu beweisen, dass diese Waffen einen Sammlerwert haben und 10.000 bis 25.000 Dollar pro Stück kosten“, sagte der Direktor des Waffenfonds, Jonas Šalavėjus. „Wissen Sie, der Staat kann diese Waffen für so viel Geld nicht abkaufen. Eine Vereinbarung zu dieser Frage ist unmöglich, weswegen nun das Gericht entscheiden wird.“ Ihm zufolge konnten zwar von insgesamt acht verkauften Waffen bislang fünf zurückgeholt werden. Warum der Waffenfonds überhaupt die Entscheidung getroffen hatte, das geschenkte Gewehr zu verkaufen, ist derweil allerdings noch immer fraglich.

„Bei der Übergabe des Scharfschützengewehrs an den Waffenfonds hat uns keiner davor gewarnt, dass zwischen den USA und Litauen eine Vereinbarung existiert, die die Übergabe solcher Waffen an dritte Personen oder deren Verkauf verbietet“, betonte Šalavėjus.

Die entsprechende Vereinbarung hatten Litauen und die USA im Jahr 2002 unterzeichnet, also drei Jahre nachdem die Waffen geschenkt worden waren.



<https://cd>

[nde1.img.sputniknews.com/images/31339/59/313395984.jpg](https://img.sputniknews.com/images/31339/59/313395984.jpg)

Dnr-online.ru/youtube-Seite des Verteidigungsministeriums der DVR:

Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs des operativen Kommandos der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Lage in der DVR bleibt angespannt. In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Soldaten **893-mal das Regime der Feueinstellung verletzt**. Dabei hat der Gegner 56 Artilleriegranaten der Kalibers 152 und 122mm sowie 318 Mörsergranaten der Kaliber 120 und 82mm abgeschossen. Außerdem wurden Granatwerfer, Panzertechnik und Schusswaffen verwendet.

Ich will anmerken, dass im Verlauf der letzten 24 Stunden auf das Territorium der Republik 490 Geschosse mit verschiedenen Arten von Granatwerfern abgefeuert wurden, die größte Zahl davon, 348, wurden auf Sajzewo abgeschossen.

Von Seiten der ukrainischen Terroristen Panschtenko, Brusow, Grusewitsch, Schaptala, Mazejko, Nikoljuk, Sokolow und Deljatizkij wurden die folgenden Ortschaften beschossen: **Sajzewo, Shelesnaja Balka, Jasinowataja, Spartak, Alexandrowka, Dokutschajewsk, Nowaja Marjewka, Kominternowo, Sachanka, Leninskoje, Besymennoje und die Siedlung Trudowskije im Petrowskij-Bezirk von Donezk.**

Aufgrund von Artillerie und Mörserbeschuss von den Positionen der ukrainischen Verbrecher aus, gab es in folgenden Ortschaften Zerstörungen:

- Sachanka – vier Wohnhäuser auf der Friedens-, der Gawrilenko und der Wartasara-Straße wurden beschädigt;
- Sergejewka – es wurden drei Häuser beschädigt;
- Wesjoloje – in Folge eines direkten Treffers wurde ein Wohnhaus auf der Kolchosnaja-Straße beschädigt;
- Dokutschajewsk – sechs Häuser auf der Lenin-, der Gwardejskaja-, der Ostrowsokij- und der Gorkij-Straße wurden beschädigt;
- Petrowskij-Bezirk von Donezk – ein Wohnhaus wurde beschädigt.

Unsere Aufklärung stellt weiterhin eine Verstärkung der Positionen der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe der Kontaktlinie fest. So in den Gebieten folgender Ortschaften:

- Artjomowsk, 10 km von der Kontaktlinie, es wurde die Stationierung von zwei 152mm-Artilleriegeschützen „Giazint“ beobachtet;
- Wodjanoje, 3 km von der Kontaktlinie, es wurden Feuerpositionen von zwei 120mm-Mörsern entdeckt;
- Starognatowka, 3 km von der Kontaktlinie, es wurden Feuerpositionen von drei 120mm-Mörsern entdeckt;
- Mariupol, 1 km von der Kontaktlinie, es wurde die Ankunft von sechs Mehrfachraketenwerfern „Grad“ registriert.

Es wurden auch weitere nicht kampfbedingte Verluste in den Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte, die an der Kontaktlinie stationiert sind, registriert. So wurde vom ukrainischen Kommando festgestellt, dass sechs Soldaten der 72. mechanisierten Brigade unterschiedlich im Verlauf einer erneuten Auseinandersetzung mit Luftlandesoldaten der Luftlandebrigade im Gebiet von Otscheretino schwer verletzt wurden. Im Zusammenhang damit ist in der Brigade eine Gruppe von Offizieren des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte eingetroffen. Und im 1. Bataillon der 30. mechanisierten Brigade, die im Gebiet von Andrejewka stationiert ist, erlitt ein Soldat der Brigade nach Erhalt des lange erwarteten Solds und des folgenden Alkoholgenusses im Verlaufe einer Auseinandersetzung im betrunkenen Zustand eine Schussverletzung.

Ukrinform: Die Zahl der Angriffe in der Ostukraine ist in der letzten Woche um 160 Prozent im Vergleich zur Vorwoche gestiegen. Das gab der Vize-Chef der Beobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Alexander Hug, auf einer Pressekonferenz in Kiew bekannt.

„Die Zahl der Waffenstillstandsverletzungen, die die Beobachtermission in der letzten Woche registriert hat, war um rund 160 Prozent höher als in der Vorwoche. Die Zahl der Angriffe erreichte den höchsten Stand seit Anfang des Jahres“, sagte Hug. Die meisten von 3444 Explosionen hätten Waffen der Panzer, Artilleriegeschütze und Flugabwehrkanonen verursacht.

Die Beobachtermission stellte „eine dramatische Zunahme des Einsatzes von Waffen, die im Minsker Abkommen verboten sind“ fest. Drei Viertel der Feuerangriffe waren aus verbotenen Waffen.

Die meisten Angriffe fanden nach Angaben der Mission in der Nähe von dicht besiedelten Ortschaften, wie Mariupol, Marijnak und Popasna, statt.

De.sputniknews.com: Schmutzige Regierungspläne aufgedeckt: Timoschenko wirft Poroschenko Hetze vor

Die Chefin der ukrainischen Partei Batkiwtschschina, Julia Timoschenko, hat gegenüber dem TV-Sender „112 Ukraine“ behauptet, dass der Präsident des Landes, Petro Poroschenko, gegen sie hetze. Grund sei die Aufdeckung durch ihre Fraktion des Schemas, mit dem die Regierung etwa 13,2 Milliarden Dollar anzueignen versucht habe.

„Seit mindestens einer Woche wird eine große schmutzige Kampagne gegen mich geführt. In den letzten Tagen hat der Präsident all seine Hunde auf mich gehetzt“, sagte Timoschenko.

Zuvor hatte der Chef der rechtspopulistischen Radikalen Partei, Oleg Ljaschko, Timoschenko antistaatlichen Tätigkeiten beschuldigt, und Poroschenko aufgerufen, der Politikerin die ukrainische Staatsbürgerschaft zu entziehen.

Timoschenko zufolge soll ihre Fraktion zusammen mit den betrogenen Anlegern der Banken ein Korruptionsschema enthüllt haben, mit dessen Hilfe die Regierung angeblich 350 Milliarden Griwna (etwa 13,2 Milliarden Dollar) in ihren Besitz bringen wollte. Timoschenko zufolge hätten die ukrainischen Behörden etwa 80 Banken absichtlich abgeschafft, um sich ihre Aktiva anzueignen.



<https://cdn.de1.img.s>

sputniknews.com/images/30792/25/307922534.jpg

Dan-news.info: Beschuss des Krankenhauses Nr. 21 im **Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk** (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Im Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk wurden gegen 12:30 Uhr zwei Treffer von Mörsergeschossen im Gebiet des Krankenhauses Nr. 21 registriert. Die Fassade des Krankenhausgebäudes wurde beschädigt und Fenster zerschlagen“, teilte das operative Kommando der DVR mit.

Verletzte gibt es keine.

Während des Beschusses wurden etwa 25 Fenster beschädigt, Wände wurden von Geschosssplintern durchschlagen.

Wie der stellvertretende leitende Arzt des Krankenhauses Wiktor Besaj mitteilte, erfolgte die Explosion gegen 12:15 Uhr. Ein Geschoss traf das Gelände der Einrichtung. Im Gebäude befanden sich zu diesem Zeitpunkt etwa 180 Menschen.

„Das Krankenhaus wurde schon so oft beschossen und nun sind wir heute ein weiteres Mal beschossen worden. Es wurden weder Patienten noch Mitarbeiter verletzt. Nach der Explosion wurden die Patienten aus den Krankenzimmern aus Sicherheitsgründen in die Korridore gebracht“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Nach Einschätzung des Arztes, wurde aus Richtung Peski geschossen, das von den ukrainischen Truppen besetzt ist.

„Im Augenblick der Explosion lag ich auf dem Bett und telefonierte, mich hat gerettet, dass es an den Fenstern Vorhänge gibt, die mich vor den Splintern geschützt haben. Ich habe nicht gleich verstanden, was geschehen ist, es hat in den Ohren geklirrt, jetzt versuche ich von

dem Geschehen Abstand zu gewinnen“, sagte die Patientin Alena Swerdlowa. „Eine heftige Explosion, dann kam eine Druckwelle, ich lief auf den Korridor um nachzusehen, ob jemand verletzt wurde, aber gut, alle sind am Leben“, erinnert sich eine weitere Patientin, Jewgenija Troschina.

Zur Einschätzung der Situation sind Vertreter des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feuereinstellung und Mitarbeiter der OSZE-Mission vor Ort. Das Krankenhaus Nr. 21 befindet sich direkt an der Kontaktlinie. Es wurde bereits mehrfach von den ukrainischen Streitkräften mit Mörsern beschossen, was zu Beschädigungen an Dach und Fenstern führte. Trotzdem hat das Krankenhaus während der gesamten Zeit des Konflikts seine Arbeit nicht eingestellt und leistet den Einwohnern der Stadt medizinische Hilfe.

De.sputniknews.com: Russlands Präsident Wladimir Putin und sein designierter Amtskollege Donald Trump haben bei ihrem Telefonat am vergangenen Montag die bilateralen russisch-amerikanischen Beziehungen gleichermaßen eingeschätzt: Die Politiker waren sich einig, dass diese kaum schlimmer werden könnten, wie Putins Berater, Juri Uschakow, am Donnerstag mitteilte.

Bei dem Gespräch habe Putin Russlands Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit mit der neuen US-Administration aufgrund der Achtung gegenseitiger Interessen unterstrichen, was auch von Trump begrüßt worden sei, so Uschakow.

„Was dabei bemerkenswert war, war die gleiche Einschätzung der derzeitigen bilateralen Beziehungen, und zwar dass diese kaum noch schlimmer werden können“, sagte Uschakow weiter...

Dan-news.info: Die Energieversorgung der Dörfer Belekamenka und Grigorjewka im Telmanowo-Bezirk im Süden der DVR, die durch Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte in der letzten Nacht unterbrochen wurde, ist wieder in Betrieb, teilte das Kohle- und Energieministerium mit.

De.sputniknews.com: Sacharowa: Keiner kann Moskaus „Druck“ auf US-Wahlen beweisen
Niemand kann jemals konkrete Beweise für Moskaus angeblichen Einfluss auf die US-Präsidentschaftswahl anführen, da der Vorwurf der Druckausübung nicht der Wahrheit entspreche, wie die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, am Donnerstag mitteilte.

„Was die US-Wahl angeht, kann ich nicht verstehen, wie sich Russland darauf ausgewirkt haben soll oder überhaupt auswirken konnte. Viele reden darüber, niemand kann aber konkrete Fakten oder Zitate und überhaupt irgendwelche Argumentationen anführen“, so Sacharowa.

„Derartige Erklärungen sind so absurd und nichtig, sodass es keinen Sinn macht, auf diese zu reagieren, weil diese nicht der Wirklichkeit entsprechen und nicht durch Fakten bestätigt werden (...).“

Die Präsidentschaftswahl in den USA hätte allen Kongressleuten des Landes zeigen müssen, dass die Russophobie jetzt bei dem amerikanischen Volk nicht „im Trend“ sei.

„Das hat die US-Bevölkerung gesagt, indem diese so gestimmt hat, wie sie gestimmt hat“, betonte die Sprecherin.

Zuvor hatte der Senator des US-Bundesstaates Maryland Ben Cardin gegenüber der Agentur Reuters gesagt, dass US-Kongressleute zurzeit an einem Gesetz arbeiten würden, dass auf die angebliche Intervention Russlands in der Ukraine sowie in Syrien und den „Druck“ auf die US-Wahl antworte.

Im Oktober hatte das US-Innenministerium die russische Regierung der Beteiligung an Hackerangriffen beschuldigt, die auf US-Politiker und Parteien vor der Präsidentschaftswahl verübt worden waren. Daraufhin hatte Russlands Präsident Wladimir Putin in einem Interview mit der Wirtschaftsnachrichtenagentur Bloomberg mitgeteilt, Moskau habe mit den

Angriffen auf die Server der Demokratischen Partei der USA nichts zu tun.

Ein Sprecher von Clintons Wahlkampfstab hatte diesbezüglich behauptet, die Angriffe seien ein Beweis für die Absicht Russlands, Donald Trump bei den Präsidentschaftswahlen zu unterstützen. Kreml-Sprecher Dmitri Peskow hatte diese Vorwürfe deutlich zurückgewiesen und bezeichnete sie als „absurd“.

Am 8. November war der republikanische Präsidentschaftskandidat und US-Milliardär Donald Trump zum 45. Präsidenten der USA gewählt worden.

Die Demokratin und Ex-US-Außenministerin Hillary Clinton gewann den Hochrechnungen zufolge (99,4% der Stimmen bearbeitet) 228 Wahlmännerstimmen für sich, Trump dagegen 290. Am 20. Januar 2017 wird Trump offiziell sein Amt antreten und damit Obama im Oval Office ablösen.

Lug-info.com: Das Innenministerium der LVR plant, die militärisch-patriotischen Clubs der Republik in einem Netzwerk zusammenzufassen. Dies teilte heute auf einer Pressekonferenz der Einsatzleiter für besonders wichtige Angelegenheiten der Abteilung für Angelegenheiten Minderjähriger des Innenministeriums der LVR Alexej Seliwanow mit: „Es gibt in der Republik militärisch-patriotische Clubs, historische, heimatkundliche, sportliche Sektionen. Wir führen eine ernsthafte Arbeit, um all diese Einrichtungen in einem System zusammenzufassen“, sagte er.

„Vor ganz kurzem wurde ein republikweites Treffen von militärisch-patriotischen und Sportclubs durchgeführt, wo all diese Kinder sich untereinander bekannt gemacht haben, und weiter werden wir darauf hinarbeiten, dass die militärisch-patriotische, die kulturelle, die sportliche Aktivität miteinander verbunden werden“, sagte Seliwanow.

„Wir haben nicht vor, aus allen Soldaten zu machen, aber nach unserer Meinung sollte jedes Kind wissen, was um es herum geschieht, wissen, was in welchem Fall zu tun ist, wissen, wie man sich selbst und anderen helfen kann“, meint er.

„Genau deswegen unterstützen wir die existierenden militärisch-patriotischen Clubs und Organisationen, schaffen ein Netzwerk neuer und vereinigen sie in einem System, das ständig funktionieren wird, und das besonders während der Schulferien, wenn die Kinder sich beschäftigen wollen“, sagte er.

Seliwanow merkte an, dass die jungen Einwohner der Republik mit großem Enthusiasmus die Idee der Schaffung eines solchen Netzwerks aufnehmen.

Dnr-online.ru: Heute, am 17. November, haben Reparaturbrigaden des republikanischen Unternehmens „Regionales Energielieferungsunternehmen“, nach dem Aufbau einer neuen Energieinfrastruktur des Stadtteils anstelle der durch Artilleriebeschüsse der ukrainischen Truppen vollständig zerstörten, 36 Verbraucher in der Wsletnaja-Straße in Donezk wieder an die Stromversorgung angeschlossen. Dies teilt der Pressedienst des Kohle und Energieministeriums mit.

„Die Bau- und Montagearbeiten auf der Wsletnaja-Straße sind abgeschlossen. Es wurde eine 400kW -Transformatorunterstation eingerichtet, neue Pfeiler errichtet, eine Leitung gezogen. Jetzt werden Arbeiten zur Verplombung der Zähler bei den Einwohnern vorgenommen, die einen Antrag auf Anschluss und den Abschluss eines Energielieferungsvertrags gestellt haben, die Stromlieferungen beginnen. Jetzt sind alle 36 Häuser, deren Einwohner einen Antrag gestellt haben, angeschlossen“, teilte der Leiter der zentralen Energieabteilung des republikanischen Unternehmens Denis Kupzow mit. Er versicherte, dass die Kapazität der installierten Ausrüstung für eine Versorgung aller Einwohner des Stadtteils reicht.

Der technische Direktor des republikanischen Energielieferungsunternehmens Eduard Armatow teilte mit, dass die Wiederaufnahme der Stromlieferungen auf der Wsletnaja-Straße nur die erste Etappe großflächiger Wiederaufbauarbeiten im Gebiet des Donezker Flughafens ist. „Im Verlauf des Novembers und Dezembers planen wir, die Stromlieferung auf der Stratonawtow-, der Krupskaja- und der Goworow-Straße wieder aufzunehmen. Die Arbeit der Brigaden des Unternehmens und von Vertragsunternehmen ist organisiert. Mit

dem Anschluss der Verbraucher auf der Stratonawtow-Straße wird sofort nach dem Fällen von Bäumen begonnen. Die Wiederaufnahme der Energieversorgung in den anderen Straßen des Bezirks führen wir bei Notwendigkeit im Jahr 2017 durch“, berichtete er. Vom Kohle- und Energieministerium der DVR war entschieden worden, Wiederaufbauarbeiten in diesem Gebiet durchzuführen, obwohl die Wiederaufnahme der Stromlieferung an die Einwohner dieser vier Straßen absolut nicht einfach war. Seit Beginn der Kämpfe werden sie ununterbrochen von den ukrainischen Streitkräften beschossen, kein einziges Haus ist ohne Zerstörungen durch ukrainische Geschosse, die Unterstation, Pfeiler und Leitungen waren vollständig zerstört. Die Energietechniker mussten nicht nur eine neue Elektroinfrastruktur von Null an aufbauen, es war auch nötig die Reste der alten zu demontieren, die Orte zu entminen, dutzende Tonnen von Bauschutt zerstörter Häuser wegzuschaffen. Und all diese Arbeiten fanden unter dem Geräusch von explodierenden Geschossen der ukrainischen Streitkräfte statt. Selbst heute, während die Häuser angeschlossen wurden, wurden einige Explosionen in unmittelbarer Nähe der Wsletnaja-Straße festgestellt:

Die größte Belohnung für die Energietechniker der Republik waren die Worte der Dankbarkeit der Einwohner des Stadtteils. Sie verstehen wie sonst niemand, welche Schwierigkeiten die Reparaturbrigaden zu überwinden hatten, um ihnen Strom zu liefern.

De.sputniknews.com: Der scheidende US-Präsident Barack Obama und Bundeskanzlerin Angela Merkel setzen weiterhin auf Russland-Sanktionen. Auf einer Pressekonferenz am Donnerstag in Berlin wiesen die beiden Politiker darauf hin, dass der Erhalt der Sanktionen, die Russland zur Erfüllung der Minsker Abkommen bewegen sollten, extrem wichtig sei...

Abends:

Dan-news.info: „Die durch die ukrainischen Truppen unterbrochene Gasversorgung von 24 Häusern in Trudowskije im Petrowskij-Bezirk von Donezk ist wieder aufgenommen“, teilte der Leiter der Bezirksverwaltung Maxim Shukowskij mit.

De.sputniknews.com: Russland nimmt zurzeit Kontakte zu Vertretern des neu gewählten US-Präsidenten Donald Trump zum Thema Syrien auf und hofft darauf, dass die designierte US-Administration neue Herangehensweisen an die Syrien-Frage an den Tag legen wird, wie der russische Vizeaußenminister Michail Bogdanow am Donnerstag sagte.

„Ich hoffe, dass Lawrow (Russlands Außenminister – Anm. d. R.) ein wichtiges und konstruktives Gespräch mit seinem US-amerikanischen Amtskollegen John Kerry führen wird. Und all dies bei einem solch wichtigen Wendepunkt, wo ein neues Team des neu gewählten Präsidenten Donald Trump an die Macht kommt. Jetzt nehmen wir in Washington Kontakte zu den Personen auf, die höchstwahrscheinlich dem neuen Präsidenten helfen werden“.

Die Übergangszeit, die bis zur Amtseinführung des neuen US-Präsidenten Ende Januar andauern wird, bezeichnete der Diplomat als sehr „verantwortungsvoll“.

„Wir hoffen darauf, dass sowohl die scheidende als auch die künftige Administration davon ausgehen wird, dass das Problem ohne Russland nicht zu lösen ist und dass wir zu einem offenen Dialog bereit sind. Wir hoffen, dass auch neue Herangehensweisen gezeigt werden, die es ermöglichen werden, diese Fragen effektiver zu lösen.“...

Dnr-news.com: Der Ex-Gouverneur der Region Odessa Michail Saakaschwili erklärte, dass man ihm dem ukrainischen Gesetz nach die ukrainische Staatsbürgerschaft nicht entziehen

könne.

Zuvor hatte Saakaschwili geäußert, dass der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko Anweisung gegeben habe, sich mit der Frage der Aberkennung seiner Staatsbürgerschaft per Gerichtsbeschluss zu befassen.

Seinerseits hatte der Führer der „Radikalen Partei“ Oleg Ljaschko erklärt, dass Saakaschwili die ukrainische Staatsbürgerschaft zu Unrecht erhalten habe.

„Gemäß § 20 der Verfassung der Ukraine ist das absolut unmöglich. Es ist verboten, die ukrainische Staatsbürgerschaft abzuerkennen, wenn jemand keine andere Staatsbürgerschaft besitzt“, erklärte Saakaschwili am Donnerstag in einer Sendung des Fernsehsenders „112 Ukraine“.

De.sputniknews.com: EU gibt grünes Licht für Visa-Erleichterung für Ukraine

Der EU-Rat hat am Donnerstag grundsätzlich einer Visa-Liberalisierung für die Ukraine zugestimmt, aber unter bestimmten Bedingungen, wie die Agentur Reuters am Donnerstag unter Verweis auf Quellen aus diplomatischen EU-Kreisen meldet. Die Ukrainer sollen künftig jedes Halbjahr bis zu 90 Tage ohne Visum in die EU einreisen dürfen.

Damit machten EU-Botschafter den Weg frei für Verhandlungen mit dem EU-Parlament über die Aufhebung der Visapflicht für die Ukraine.

Wie aus einer Pressemitteilung des EU-Rates hervorgeht, sollte das Inkrafttreten der Visa-Liberalisierung zur selben Zeit erfolgen wie das Inkrafttreten des neuen Aussetzungsmechanismus.

Schon jetzt kann die Visa-Freiheit von der EU wieder entzogen werden, wenn es zu einem deutlichen Anstieg von "unbegründeten Asylanträgen" oder zu Verstößen gegen die Verweildauer kommt.

„Ich bin froh, dass unsere Entscheidung ein positives Signal im Vorfeld des EU-Ukraine-Gipfels am 24. November geben kann“, sagte der Vertreter der Slowakei bei der EU, Peter Javorčík.

Die EU-Kommission hatte bereits im Dezember 2015 bekanntgegeben, dass die Ukraine und Georgien alle Bedingungen für die Liberalisierung des Reiseverkehrs mit der EU erfüllt haben.

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hatte bereits im Juni 2014 versprochen, dass die Ukrainer ab Januar 2015 visafrei in die Europäische Union einreisen können. Später gab er an, der entsprechende Beschluss solle auf dem Riga-Gipfel im Mai 2015 getroffen werden. Laut Angaben verschiedener ukrainischer Medien ist das bereits das 13. Versprechen. So habe er noch vor seiner Präsidentschaft mehrmals nacheinander versprochen, dass ukrainische Bürger 2012, 2013 und 2014 visafrei nach Europa reisen könnten.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31234/31/312343126.jpg>